

Land erhöht Förderung für Wohnungsbau

Die Landesregierung sieht in ihrem Haushaltsentwurf eine deutliche Aufstockung der Mittel vor.

Von Annika Grah

Die Landesregierung will ihre Mittel für die Wohnraumförderung in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Das geht aus dem Entwurf für den Doppelhaushalt 2025/26 hervor, der am Dienstag im Kabinett beschlossen werden soll. Darin ist laut CDU-Fraktion vorgesehen, dass die Landeswohnraumförderung insgesamt für die zwei Jahre auf rund 1,5 Milliarden Euro erhöht werden soll. In der Summe enthalten sind Mittel vom Bund und vom Land. Das Land erhöht seinen Anteil aber deutlich. Statt bisher 34 Cent will Baden-Württemberg demnach künftig 60 Cent auf jeden Euro vom Bund drauflegen. Ein vor Kurzem gebil-



Foto: dpa/Bernd Weißbrod

„Wir sind an die Schmerzgrenze dessen gegangen, was finanzpolitisch verantwortbar ist.“

Danyal Bayaz,
Finanzminister

detes Branchenbündnis hatte mindestens 50 Cent gefordert. Eine breite Allianz aus 26 Verbänden hatte vor den Haushaltsberatungen den dringenden Appell an die Landesregierung formuliert.

Bauministerin Nicole Razavi (CDU) hatte bereits angekündigt eine „Schippe drauflegen“ zu wollen. Dabei herrschte in der Koalition weitgehend Einigkeit, dass angesichts der schwierigen Lage am Wohnungsmarkt die Mittel erhöht werden.

„Wohnbauförderung ist aber zugleich Sozial- und Wirtschaftspolitik“, betonte CDU-Fraktionschef

Manuel Hagel. Auch die Grünen im Landtag hatten erst vor Kurzem in einem Positionspapier auf ihrer Fraktionsklausur vergangene Woche eine Erhöhung gefordert.

Dabei dürfte geholfen haben, dass die Landesregierung in ihrem Entwurf 3,3 Milliarden Euro mehr ausgeben kann. Davon sind 1,3 Milliarden Ausgaben, die sich aus rechtlichen Verpflichtungen und früheren Beschlüssen der Landesregierung ergeben. Knapp zwei Milliarden will das Land für politische Schwerpunkte und die Bedarfe der Kommunen verwenden. Der Schwerpunkt liege dabei auf Bildung, insbesondere der frühkindlichen Sprachförderung. Daneben auf der inneren Sicherheit und der Förderung von Innovationen und Forschung.

Zuvor hatten die Koalitionsspitzen mit den Kommunen über zusätzliches Geld verhandelt. Sie bekommen nun bereits 2024 mehr als eine halbe Milliarde Euro zusätzlich – für den Ausbau der Ganztagsbetreuung und die Finanzierung von Krankenhäusern. Auch bei der Versorgung Geflüchteter will das Land noch Geld geben. „Wir sind an die Schmerzgrenze dessen gegangen, was finanzpolitisch verantwortbar ist“, sagte Finanzminister Danyal Bayaz am Freitagabend. Es sei aber Vorsicht geboten. „Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnte die Steuerschätzung im Herbst ungünstig ausfallen.“ Der Landtag wird ab Ende Oktober über den Haushalt beraten. Ende des Jahres muss er verabschiedet werden.